



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Stellungnahme des Menschenrechtsbeirates zum Interview mit Polizeidirektor Alexander Gaisch, Kleine Zeitung G7, 13.11.2011

Bedrohungsszenarien, die Islamophobie und Fremdenhass schüren sowie die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an demokratiepolitischen Prozessen in Frage stellen, scheinen wenig geeignet, ein konstruktives Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Graz zu fördern.

Pauschalierende Verdächtigungen gegenüber Gruppen mit Migrationshintergrund und muslimischen Glaubens sind grundsätzlich zu unterlassen, erscheinen jedoch in ihrer Wirkung noch fataler, wenn sie von einem Vertreter einer staatlichen Autorität wie der Polizei geäußert werden.

Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz ist der Meinung, wie auch schon an anderer Stelle angemerkt, dass die gemeinsame Darstellung von Befürchtungen vor radikalen islamistischen Einflüssen in der Steiermark in Zusammenhang mit dem Bau einer Moschee geeignet ist, islamophoben Stimmungen Vorschub zu leisten. Diese Darstellung legt pauschalierende Verdächtigungen gegenüber muslimischen MitbürgerInnen unterschiedlicher Herkunft, im Besonderen jener bosnischer Herkunft, nahe.

Dem Menschenrechtsbeirat ist bewusst, dass Analyse notwendig ist und die öffentliche Ordnung gefährdende Problemsituationen geahndet werden müssen. Der öffentlichen Sicherheit ist mit der Suggestion von Unsicherheit nicht gedient, das Bedrohungspotenzial für die demokratische Gesellschaft fraglich.

Die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert ein Grund- und Menschenrecht auf freie Religionsausübung und die Ausübung politischer und bürgerlicher Rechte und die Achtung dieser ist auch von einem Polizeidirektor zu erwarten.

Das Interview enthält jedoch noch andere Aspekte wie die abwertenden Äußerungen zum Bettelverbot und den „Unruheherd“ am Hauptplatz, wobei das Bettelverbot menschenrechtlich bedenklich, eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs noch ausständig ist. Auch diese Bemerkungen konterkarieren politische und zivilgesellschaftliche Bemühungen um konstruktive, den Menschen respektierende Lösungen.

Dr.ⁱⁿ Elke Lujansky-Lammer
Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz

Graz, am 14.11.2011